

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 62 (1968)
Heft: 3

Artikel: Kundgebung gegen den Vietnamkrieg
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141427>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Ich will heim, meine Sachen holen. Ich komme sicher wieder. Ich lass den Teller und die Büchse hier, so wisst ihr, dass ich zurück komme.» Sie liess den Teller und die leere Büchse auf dem Boden und ging wieder fort.

Als der Interpret sie wieder zurückholen wollte, wehrte ein dabeistehender amerikanischer Soldat ab. Lass sie in Ruhe! Der Übersetzer schrie ihr nach: «Wenn du ins Gras beissen willst, mach dass du wegkommst.»

So ging die alte Frau wieder ihrem Dorf zu, dessen Trümmer noch rauchten. Sie stützte sich müde auf ihren Stock, ging langsam – langsam.

Kundgebung gegen den Vietnamkrieg

Was längst fällig war, ein machtvoller Protest gegen den verbrecherischen Ausrottungskrieg in Vietnam, kam in Zürich am 7. März 1968 zustande. Das Informationszentrum für Abrüstung und internationale Zusammenarbeit, das eine Reihe von Organisationen, die für den Frieden arbeiten, vertritt, erliess die Einladung und fand ein erfreuliches Echo bei der Bevölkerung. Da der Theatersaal des Volkshauses bis zum letzten Platz besetzt, und die Tribünen ebenfalls beinahe voll waren, müssen es gegen 1500 Personen gewesen sein, die teilnahmen, unter ihnen etwa die Hälfte junge Leute.

Also wieder eine jener vom Kommunismus ferngesteuerten Versammlungen von Ahnungslosen! Das war nicht unser Eindruck. Wir haben noch selten ein Meeting besucht, an dem so wenig Schlagworte und Clichés zu hören waren. Es war nicht ein Versuch, die Menge gegen Amerika aufzuputschen, wohl aber eine Solidaritäts-Kundgebung mit jener tapferen Opposition in den USA selbst, die einen weit schwereren und gefährlicheren Kampf gegen den «militär-industriellen Komplex» führt, als wir uns vorstellen können. Dieser amerikanischen Opposition, die sich auf so hervorragende liberale Politiker wie Fulbright, Morse und Tausende von Wissenschaftern stützt, verdanken wir denn auch die Information über die Hintergründe des Krieges in Vietnam, der für unsere Welt eine Wendung zur Katastrophe oder zu gerechteren Bedingungen für die dritte Welt führen kann. Denn wie liegen die Dinge?

Die Machtelite der USA, in traurem Verein übrigens mit derjenigen von europäischen Staaten, steht in Vietnam einem Volk der «dritten Welt» gegenüber, einem Vertreter der sogenannten unterentwickelten Völker, die sich erst kürzlich von der Kolonialgewalt befreit haben. Wie die gegenwärtig in Delhi tagende Konferenz zeigt, haben diese ehemaligen Kolonialvölker erkannt, dass die nominelle Freiheit von Fremdherrschaft nicht genügt, um ihren Aufstieg zu sichern, solange die Struktur ihrer Wirtschaft noch immer auf die Bedürfnisse des ehemaligen Herrn, das heisst der Industrienationen des Westens, ausgerichtet ist. Nun sind aber in fast allen dieser ehemaligen Kolonialvölker die Partner der ehemaligen Kolonialherren –

einheimische Militärkaste, Grossgrundbesitzer und Industriekonzerne – noch an der Macht und verhindern jede Strukturänderung der Wirtschafts- und Besitzverhältnisse. Die Politik der USA-Machtelite geht nun dahin, diese Machtpartner in jedem Lande zu unterstützen und sie mit allen Mitteln, Kriege eingeschlossen, an der Macht zu erhalten. Ein über die ganze Erde sich erstreckendes Netz von militärischen Stützpunkten ermöglicht den USA, mit Hilfe ihrer CIA (Central Intelligence Agency) jederzeit und überall Herde des Widerstandes gegen den militärischen und wirtschaftlichen Status quo, das heisst gegen die Interessen der lokalen Machthaber und ihrer amerikanischen Verbündeten aufzuspüren. Die Liste dieser machtpolitischen Interventionen, von der letzten, dem Staatsstreich der griechischen Oberstenjunta, bis zurück zum Ende des Zweiten Weltkrieges ist endlos und monoton. Es war gut, dass die Protestversammlung vom 7. März einige der Modellfälle amerikanischer Intervention Revue passieren liess, waren doch unter den Rednern Kenner der Verhältnisse in Deutschland (Thomas Held, ein Student, und Roman Brodman, Publizist), eine Spanierin, ein Kenner der Entwicklung in Italien, Felix Ziegler, ein Zivildienstler mit 1200 Dienstagen im In- und Ausland, und, last but not least, Karl Dellberg, der die Verflechtung der Schweizer Industrie- und Bankenwelt mit der USA-Machtelite beleuchtete.

Es war weiter ganz nützlich, sich wieder einmal mit den Kniffen und Manipulierungsversuchen zu befassen, durch die amerikanische Machthaber und, von ihnen inspiriert, unsere gouvernementale Presse den Widerstand gegen die Aussenpolitik der USA zu diskreditieren und ihre Träger herunterzumachen versuchen. Da ist zunächst, wie eingangs erwähnt, die Insinuation des Kommunismus als Beweggrund, ein Argument, das in sich zusammenfällt, wenn man feststellt, dass heutzutage selbst hohe und höchste kirchliche Würdenträger die USA-Dollar- und -Dolch-Diplomatie denunzieren. Ein weiterer Kniff, den auch Johnson, der Hauptakteur in diesem makabren Spiel, oft praktiziert, besteht darin, die politischen Gegner als krankhafte Wirrköpfe, als Anormale, Hippies und was weiss ich, hinzustellen und sich damit den Angriffen seiner qualifizierten Opponenten zu entziehen (siehe auch Seite 82 dieses Heftes). Die «NZZ», das treue Gefolgsblatt der USA-Politik, tut noch ein übriges, sie entblödet sich nicht, alles, was der Vietnamkrieg gegen die amerikanischen Truppen unternimmt, als «Terror» oder «terroristisch» zu bezeichnen, um den Gegner herabzusetzen – während die USA-Streitkräfte in der Regel zu «Operationen» – Angriffs- oder Säuberungsoperationen – antreten. Man möchte nur wissen, wie die «NZZ» den Angriff der Bauernrebelln bei Morgarten gegen die österreichische Ordnungsmacht geschildert hätte!

Es erübrigt sich, die ganze Lügen- und Fälschungsprozedur, mit der der Vietnamkrieg und andere Interventionen verteidigt werden, bis in alle Einzelheiten zu analysieren. Der Versammlungsleitung lag neben Information auch daran, festzustellen, wie wir, weit vom Kriegsschauplatz, dazu beitragen können, dass der mörderische Krieg in Vietnam durch Verhandlungen beendet wird und dass darüber hinaus solche Interventionen immer mehr

verunmöglicht werden. Das mag sich reichlich utopisch anhören, man muss sich aber vergegenwärtigen, dass selbst eine Supermacht, besonders wenn sie sich als «Vorkämpfer für Freiheit» aufspielt, eine Blossstellung vor der ganzen Welt, wie sie heute vor sich geht, nicht ignorieren kann. Die Schweiz als Hüterin des Roten Kreuzes und ähnlicher humanitärer Institutionen hat die moralische Pflicht, an dieser Klarstellung der Lage mitzuwirken.

Dies ist aber nicht alles. Was wir darüber hinaus tun können skizzierte Karl Dellberg. Es fand seinen Niederschlag in der von der Versammlung einstimmig angenommenen *Resolution*.

«Im Volkshaus Zürich trafen sich am 7. März 1968 über tausend Personen, um neuerdings ihrer scharfen Ablehnung der amerikanischen Intervention und dem Abscheu über ihre völkerrechtsverletzende Kriegführung Ausdruck zu geben. Sie fühlen sich dabei mit der von Tag zu Tag zunehmenden inneramerikanischen Opposition in besonderer Weise verbunden. Nachdem sich der Krieg immer verheerender gegen die Zivilbevölkerung und gegen die wertvollsten Kulturgüter Vietnams richtet, und nachdem der Einsatz von Atombomben nach einigen militärischen Rückschlägen ernsthaft diskutiert wird, haben die amerikanischen Thesen von Freiheit und Demokratie für jeden selbständig denkenden Menschen ihre letzte Glaubwürdigkeit verloren. Die Erfolge der südvietnamesischen Befreiungsfront der letzten Wochen lassen keinen Zweifel mehr offen, dass die überwiegende Mehrheit der vietnamesischen Bevölkerung zu ihr steht und Amerikas Eingreifen ablehnt. Mit ihr erwarten wir nicht nur das Ende aller US-Bombardierungen, sondern auch den Abzug aller ausländischen Truppen, nicht nur die sofortige Anerkennung der Befreiungsfront als Verhandlungspartner, sondern auch Garantien für die Unabhängigkeit Vietnams nach den Genfer Beschlüssen von 1954.

1) Wir protestieren gegen die tendenziöse, neuerdings zensurierte und falsche offizielle Berichterstattung der USA und bitten die Schweizer Presse, soweit sie es nicht schon längst getan hat, sowie die Schweizerische Depeschagentur, sich in Wort und Inhalt davon zu distanzieren und sich um ein unabhängiges Urteil zu bemühen.

2) Mit Entschiedenheit lehnen wir alle Massnahmen wie Dollarunterstützungsaktionen ab, die direkt oder indirekt zur Stärkung der amerikanischen Militärmacht beitragen oder ihre Schwächezeichen ausgleichen.

3) Wir ersuchen die eidgenössischen Räte, nicht nur über Vietnam zu diskutieren, sondern auch dem Ankauf amerikanischer Selbstfahrzeuge die Zustimmung zu versagen. Wann endlich wird der Bundesrat den Waffenexport nach den USA stoppen, nachdem er selbst immer wieder versichert und versprochen hat, schweizerisches Kriegsmaterial werde in keine kriegführenden Länder geliefert? Die aktuellen Verkäufe von Motorkanonen, Kunststoffen und Präzisionsinstrumenten nach den Vereinigten Staaten sind für alle Schweizer eine Beschämung, die mit dem moralischen Versagen unseres Landes im Zweiten Weltkrieg verglichen werden muss.

4) Andererseits begrüßen wir alle Vermittlungsbemühungen von Diplomaten und Privaten, wie die Ernennung eines Vertreters des Eidgenössischen Politischen Departements in Hanoi, der sobald als möglich die diplomatische Gleichbehandlung mit Südvietnam folgen soll.

5) Die Bevölkerung unseres Landes rufen wir auf, ihren Protest gegen die amerikanische Kriegführung durch eine grosszügige Hilfe an die Opfer des Krieges zu untermauern.» *Red.*

Friedensbedingung

Die zweigeteilte deutsche Rüstung steckt ihre Milliarden in die gegenseitige Abschreckung. Haben die Bundes-EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) und die EKDDR (Evangelische Kirche in der DDR) in dieser Situation eine hilfreiche Auskunft? Oder begnügen sich die ost- und die westdeutsche Kirche damit, Trabanten der Militärräson ihrer Staaten zu sein?

Mit ihrer Unterordnung unter die staatliche Wehrpraxis verleugnen die Kirchen ihren Auftrag für die Menschen. Die Staaten werden von der Militärkirche ihrer verzweifelten rüstungsbedingten Verlegenheit preisgegeben.

Die Vorbedingung der Gemeinschaft des Glaubens zwischen den Christen in der DDR und in der DBR ist die Aufkündigung des Militärseelsorgevertrages. Die EKDBR hat ebensowenig eine staatsbeamtete Militärseelsorge zu unterhalten wie die EKDDR.

Der Friede zwischen den beiden deutschen Staaten verlangt die Abschaffung der westdeutschen Militärkirche. Die Unabhängigkeit und Unterscheidung der evangelischen Verkündigung von weltlicher Militärpolitik ist die unerlässliche Friedensbedingung.

Ihre schuldbeladene und unbewältigte Vergangenheit hält die Kirchen in den deutschen Staaten gefangen*. Der «evangelische» Militärbischof veranschaulicht die kirchliche Friedlosigkeit. Als sogenannter Wehrmachtspfarer war er Gehilfe der nationalsozialistischen Menschenvernichtung. Heute garantiert er die kirchliche Zustimmung zu den Todesopfern der Bundeswehr.

Dem gleichen Chef der Militärkirche, der schon unter Hitler dem Militärkult diente, erweisen sich die Präsidenten und Bischöfe der Landeskirchen staats- und kirchenvertraglich verbunden.

Solange die Gemeinden, Pfarrer und Kirchenführer dieses Bündnis pflegen, handeln sie gegen den Frieden. Wollen sie bei diesem Pakt, im Dienste des Lügners und Mörders von Anfang an, bleiben?

Die Absage an den Militärseelsorgevertrag ist eine Voraussetzung des Friedens.

Harb, den 18. Dezember 1967

Heinrich Grisshammer

* Wir würden nicht behaupten, die Evangelische Kirche in der DDR habe ihre nazistische Vergangenheit nicht bewältigt. Red.